ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesräte Markus Leinfellner, Christoph Steiner, Andreas Arthur Spanring, Marlies Doppler
und weiterer Bundesräte
betreffend **Rücktritt der Bundesregierung**

eingebracht im Zuge der 958. Sitzung des Bundesrats, am 06.Oktoberi 2023, in der Debatte über die dringliche Anfrage der Bundesräte Christoph Steiner, Andreas Arthur Spanring und weiterer Bundesräte an den Bundeskanzler betreffend Was haben die Grünen gegen Sie in der Hand, Herr Bundeskanzler?

Die Versagensliste der Bundesregierung:

1. Das Versagen, den Terroranschlag vom 2. November 2020 nicht verhindert zu haben

2. Das unverhältnismäßige Vorgehen gegen Bürger bei der Durchsetzung der teilweise verfassungs- und gesetzeswidrigen Corona-Maßnahmen (als Beispiel: Durchsuchung einer Handtasche einer Mutter, die für ihr Kind in einem Supermarkt Schulhefte kaufte)

3. Der Befehl an die Polizei, massiv mit Einkesselung sowie mit willkürlichen Strafanzeigen gegen die eigenen Bürger, die gegen die Grund- und Freiheitsrechte einschränkenden Maßnahmen der Bundesregierung demonstrierten, vorzugehen

4. Kaum bis keine Abschiebung von illegalen Migranten und Migranten mit negativem Asylbescheid, selbst mit Vorstrafen wegen Gewaltdelikten wie Vergewaltigung, Mord, Totschlag, Raub usw. (z.B. Fall Leonie)

5. Versagen beim Grenzschutz gegen illegale Migration, weil Kontrollen, Schikanen und Strafanzeigen gegen Bürger wichtiger scheinen

6. Keine Auszahlung von Corona-Fördergeldern an viele Corona-Maßnahmengeschädigte EPUs und KMUs, obwohl schon vor Monaten beantragt

7. Keine Rückzahlung von Strafen, die aufgrund von verfassungswidrigen Gesetzen und gesetzwidrigen Verordnungen von den Bürgern eingehoben wurden

8. Schikane von unbescholtenen Bürgern, die ihrem verfassungsmäßig gewährten Grundrecht der Versammlungsfreiheit nachgingen

9. Denunzierung und Herabwürdigung namhafter Wissenschaftler und Experten, die der Regierungspropaganda und der Maßnahmenpolitik der Regierung und der bezahlten Regierungsmedien widersprachen

10. Anstieg von Suizid-Fällen bei Kindern und Jugendlichen aufgrund der schikanösen Einschnitte in ihre Bewegungs- und Entfaltungsfreiheiten durch überbordende Corona-Maßnahmen

11. Impfpflicht, obwohl längst bekannt war, dass die Impfstoffe nur unzureichend wirken und mit massiven Nebenwirkungen verbunden sind

12. Regierung schickt die Bevölkerung in den Lockdown und feiert beim ORF eine After-Show-Corona-Party

13. Aufrechterhaltung der COVID-19-Maßnahmen, obwohl ersichtlich war und ist, dass der schwedische Weg zur Coronabekämpfung der richtige war und ist

14. 225 Millionen Euro für Regierungswerbung in den Medien im Jahr 2021 ausgegeben

15. Bejubeln von EU-Zensurgesetzen durch die Verfassungsministerin

16. Unreflektierte Unterwerfung unter die Vorgaben globalistischer Eliten, zum Beispiel die „Sustainable Development Goals“ im Rahmen der „Agenda 2030“ der Vereinten Nationen

17. Aufgabe der nationalen Souveränität in vielen Bereichen, derzeit etwa durch die offenkundige Unterstützung des Pandemievertrags der WHO, durch den die Nationalstaaten bei künftigen Gesundheitskrisen völlig entmachtet werden sollen

18. Explosion von Energie- und Treibstoffpreisen: Treibstoff wird zum Luxusgut und Wohnen wird unleistbar

19. Teuerung von Nahrungsmitteln, insbesondere Grundnahrungsmittel wie Brot, Milch, Butter Fleisch, Eier, Gemüse, Salat, Topfen usw.

20. Mehrkosten von 557 Euro pro Haushalt im heurigen Jahr durch Teuerung

21. Belastung der heimischen Wirtschaft und Gefährdung von Arbeitsplätzen durch dramatische Energiepreissituation

22. Befeuerung der Teuerung und Energiearmut durch CO_2-Steuer

23. Profit der türkis-grünen Regierung durch enorme Steuermehreinnahmen und Dividenden, während Heizen und Autofahren unleistbar werden

24. Ergebnislose Arbeitssitzungen und Preiskommissionen mit wenig Substanz durch türkis-grüne Ankündigungsgipfel

25. Türkis-grüner Zynismus auf dem Rücken der Endverbraucher: ÖVP und Grüne beschließen Energieberatung für Verbraucher „zum Schutz vor kalten oder dunklen Wohnungen“

26. Türkis-grünes Tohuwabohu bei Umsetzung des Energiekostenausgleichs

27. Zustimmung von ÖVP und Grünen zu EU-Ölembargo als „Schuss ins Knie“ und Verursachung weiterer Teuerungen

28. Aufgabe der Neutralität Österreichs, um der NATO und den USA zu gefallen

29. Aufgrund des Kriegs in der Ukraine versprochene Budgetaufstockung des Bundesheeres nicht eingehalten

30. Fünfzehn Regierungsumbildungen in nicht einmal zweieinhalb Jahren

31. Drei Bundeskanzler innerhalb eines Jahres

32. Verhätschelung der Klimaextremisten, die arbeitende Bürger und Einsatzorganisationen dabei behindern, ihre Aufgaben und ihrer Arbeit nachzukommen

33. Sanierungszwang durch die EU unterstützt durch diese Bundesregierung

34. Zustimmung zum Verbot des Verbrennungsmotors

35. Zulassen von Präsentationen von sexuellen anormalen Orientierungen durch Lesungen von Dragqueens in Volksschulen und Kindergärten

36. Abgehobene Gender-Politik

37. Umweltministerin, die Reiseeinschränkungen und Einschränkungen des Individualverkehrs den Bürger auferlegt und auferlegen will, selbst aber mit Privatjets fliegt

38. Eine Regierungspartei, die einen Untersuchungsausschuss gegen den eigenen Koalitionspartner vorbereitet

39. Verhöhnung von alleinerziehende Müttern oder Vätern sowie Familien an und unter der Armutsgrenze durch den Bundeskanzler

40. Weiteres Anheizen der Inflation durch die eigene Politik, wodurch die österreichische Wirtschaft in die Rezession geführt wird

41. Weiteres Zulassen und Fördern der illegalen Migration auch 2023

42. Massiver Anstieg von Morden an Frauen

43. Kein entschlossenes Entgegentreten gegen Kindesmissbrauch

44. Versagen beim notwendigen Ausbau einer psychologischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die durch die Corona-Maßnahmen schwer geschädigt wurden

45. Keine Aufarbeitung der Coronamaßnahmen und ihren Folgen

46. Massiver Pflegenotstand

47. Dramatischer Ärztemangel

48. Keine Abschiebung von verurteilten Asylwerbern und Asylberechtigten

49. Keine Entlastung des Strafvollzugs durch bilaterale Verträge mit Drittstaaten über die Verbüßung der Strafe im Herkunftsland („Haft in der Heimat“)

50. Taumeln von einem Chaos in das nächste

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:
„Der Bundeskanzler wird aufgefordert, im Interesse Österreichs, dem Bundespräsidenten seinen Rücktritt sowie den Rücktritt des gesamten Bundesregierung anzubieten.“